

Erscheint jeden Sonn-  
abend. Bestellungen neh-  
men alle Buchhandlungen u.  
Postanstalten an. Prämium:  
Preis für Halle 7½ Sgr.

pr. Vierteljahr. Preis bei  
den Postanstalten und im  
Buchhandel 10½ Sgr. pr.  
Vierteljahr (1 Thlr. 12 Sgr.  
für den Jahrgang).

# Bürgerblatt.

Wochenschrift für konstitutionelles Leben.

Herausgegeben

von

J. Hasemann und Fr. Körner.

Nö. 8. Neue Folge.

Sonnabend d. 17 Juni 1848.

Halle, Druck und Verlag von Ed. Heynemann.

**Inhalt:** Kritik des preussischen Verfassungsentwurfes. — Deutschlands Einheit. — Aus der goldenen Aue. — Einige Wünsche für das gewerbliche Leben. — Das Verkäuben des Mehles. — Befreiung der Geistlichen und Lehrer von der direkten Steuer. — Arbeit und Geld. — Berichtigung. — Zur Aufklärung. — Anfrage an die Post in Halle. — Zur Nachricht. —

## Kritik des preussischen Verfassungsentwurfes.

Fr. Körner.

(Erste Fortsetzung)

Der preussische Entwurf folgt in der Reihe der Titel dem belgischen nicht genau; denn dieser theilt so ein: er handelt 1) vom Staatsgebiete; 2) von den Belgiern und ihren Rechten; 3) von den Gewalten; a) von den Kammern, aa) von der Kammer der Volksvertreter, bb) vom Senate; b) von dem Könige und seinen Ministern; c) von der richterlichen Gewalt; d) von den Einrichtungen der Provinzen und Gemeinden; 4) von den Finanzen; 5) von der bewaffneten Macht; 6) allgemeine Bestimmungen; 7) von der Revision (der verbessernden Durchsicht) der Verfassung; 8) vorübergehende Anordnungen und endlich ergänzende Verordnungen. — Der preussische Entwurf spricht in 7 Titeln: 1) vom Staatsgebiet; 2) von den Rechten der preussischen Staatsbürger; 3) vom Könige; 4) von den Ministern; 5) von den Kammern; 6) von der richterlichen Gewalt; 7) von der Finanzverwaltung und allgemeinen Bestimmungen. Die belgische Verfassung ist also systematischer und vollständiger, da in der preuß. Verfassung die Gemeindeverfassung und das Heerwesen fehlen.

Vielleicht ließe sich eine noch zweckmäßigere Reihenfolge finden, da zuerst von den allgemeinen Staatsrechten der Ein-



zeln (Privatpersonen) die Rede sein muß; dann von den Rechten der Gemeinden, zu welchen sich die Einzelnen verbinden, und endlich von ihren Rechten als wirkliche Staatsbürger, d. h. als Theilnehmer an der Staatsgemeinde. Unter diesen Titeln würden gehören die Einrichtung und Berechtigung der Kammer, die Rechtspflege, das Heer und die Finanzverwaltung. Die Staatsgewalten endlich vereinfachen sich in den Ministern, und der ganze Staat wird zuletzt repräsentirt im Könige, dessen Stellung und Recht den Schluß der Verfassung bilden müssen.

Doch legen wir darauf weiter kein Gewicht, sondern prüfen wir, mit Uebergehung des Titels über das Staatsgebiet, die erste Hälfte des zweiten Titels, in welchem die Rechte und die Freiheit des Einzelnen festgestellt werden. Soll der Staat ein freier sein, so muß jedem Einzelnen so viel Freiheit gewährt werden, als sich mit dem Wohle und Zwecke des Staatsganzen verträgt. Die Freiheit des Einzelnen kann aber nach dem Entwurf eine dreifache sein: Freiheit seiner Person, seines Besitzes und seiner Ueberzeugung. Es fehlt also hier die wichtige Bestimmung über die Verkehrs- und Gewerbefreiheit oder über die Freiheit, sich die Existenz zu sichern. Es ist die Gewerbeordnung ein ebenso schwieriger als wesentlicher Punkt eines Staatsgrundgesetzes. Die gegenwärtige Gewerbefreiheit hat nur eine Auflösung der Innungen und eine Zerstörung, resp. Verarmung der Gewerbe zur Folge gehabt; daher ist es nothwendig, daß der Gewerbestand durch zweckmäßige Gesetze neu geordnet werde.

§. 19 enthält den Satz: „Alle Preußen sind wehrpflichtig.“ In dieser Fassung gehört der Paragraph nicht hierher, sondern unter den Abschnitt über das Heerwesen. Wohl aber durfte man erwarten, daß das Recht der Volksbewaffnung gesetzlich anerkannt und gesichert werde. Doch zuerst die einzelnen Paragraphen!

§. 3: „Die Bedingungen für die Erwerbung und den Verlust des preussischen Staatsbürgerrechts werden durch das Gesetz bestimmt“, ist insofern unbestimmt gefaßt, als man diese Gesetze noch nicht kennt, worauf es doch hier besonders ankommt. Im belgischen Staatsgrundgesetz heißt es ausdrücklich: „Die Eigenschaften eines Belgiers erwirbt, behauptet und verliert man nach den Bestimmungen des bürgerlichen Rechts. Das Bürgerrecht wird durch die gesetzgebende Gewalt verliehen.“ Auch bestimmt die belgische Verfassung die Bedingung, unter welcher ein Fremder belgischer Staatsbürger werden kann.

§. 4: „Alle Staatsbürger sind vor dem Gesetze gleich.“ Dies könnte insofern mißverstanden werden, als man meint, daß es hinfort keine besondere (eximirt) Gerichtsbarkeit mehr



geben solle. Deutlicher spricht das belgische Gesetz: „Es giebt im Staate keinen Standesunterschied. Die Belgier allein können bürgerliche und militärische Aemter bekleiden.“ Da es ferner bekannt ist, wie einzelne Stände, namentlich die Soldaten, die doch dem Staate nicht mehr dienen als Abgaben zahlende Bürger, ganz besonders bei Besetzung von Aemtern bevorzugt werden, so wäre es wünschenswerth, daß fortan die Aemter ohne Ansehn der Person lediglich nur nach Fähigkeit und Würdigkeit besetzt würden.

Es enthalten also §. 3 und 4 die allgemeinen Staatsrechte des Einzelnen oder die Bestimmung, in wiefern und in wie weit er im Staatsleben und an den Staatsbürgerrechten Theil nehmen darf. §. 5, 6 und 7 setzen den Grad der persönlichen Freiheit fest, sprechen also eine Befreiung von Polizeiwillkür aus und sichern ebenso gegen nachtheilige Eingriffe der Gerichte.

§. 5: „Allen Staatsbürgern ist die persönliche Freiheit gewährleistet. Kein Staatsbürger darf anders, als in den gesetzlich bestimmten Fällen und Formen verhaftet werden.“

§. 6: „Die Wohnung ist unverletzlich. Das Eindringen in dieselbe ist nur in den gesetzlich bestimmten Fällen und Formen gestattet.“ §. 7: „Kein Staatsbürger darf seinem gesetzlichen Richter entzogen werden.“

Auch diese 3 Paragraphen verweisen auf Gesetze, die noch nicht bekannt sind, auf deren Abfassung aber sehr viel ankommt, da sie, wenn sie ungenügend ausfallen, die ausgesprochene Freiheit in die Fesseln von 100 Klauseln gefangen legen können. Die belgische Verfassung ist auch hier viel bestimmter, denn in ihr heißt es: „Außer dem Falle der Ergreifung auf frischer That, kann Niemand anders verhaftet werden, als Kraft eines richterlichen, mit Gründen versehenen Befehles, welcher im Augenblicke der Verhaftung, oder spätestens binnen 24 Stunden bekannt gemacht werden muß.“ Es dürfen also nur Verbrecher verhaftet werden, für Vergehungen reicht eine gerichtliche Vorladung hin. Außerdem ist es wünschenswerth, daß der Gerichts- und Polizeiherr, d. h. der Staat, sich verpflichtet, den Schaden zu ersetzen, den er durch ungerechte Verhaftung dem Verhafteten zugefügt hat, und daß die Gerichte verpflichtet sind, öffentlich die Unschuld eines Verhafteten bekannt zu machen, damit dieser für seine bürgerliche Ehre keinen Nachtheil hat. Auch fügt das belgische Gesetz hinzu: „Eine Strafe kann nur in Kraft eines Gesetzes bestimmt und verfügt werden.“

§. 8 und 9 sichern die Freiheit des Eigenthums und des Hausrechtes und lauten: „Das Eigenthum kann nur aus Gründen des öffentlichen Wohles in den durch das Gesetz fest-



gestellten Formen gegen Entschädigung, entzogen oder beschränkt werden. Die Strafe der Vermögensconfiscation (Vermögens- Wegnahme) findet nicht Statt." Das belgische Gesetz sagt: „Das Eigenthum kann nur u. s. w. gegen eine gerechte und vorgängige Entschädigung“ genommen werden. Dies Gesetz bezieht sich also auf öffentliche Bauten, Eisenbahnen u. s. w.

Die bisher angeführten Gesetze sind echt deutsch. Nach altdeutschem Recht war jeder Mündige und Besizende frei und rechtsfähig, sein Eigenthum galt für heilig, Niemand durfte es gegen seinen Willen verlegen oder mit Abgaben belasten. Nur dem Gericht der Gemeinde war er verantwortlich. Das sie zeitgemäß sind, bedarf kaum der Erwähnung, da ohne sie eine wahre Freiheit undenkbar ist. Es fehlt ihnen hier und da also nur Bestimmtheit und Genauigkeit.

## Deutschlands Einheit.

### 1. Der äußere Umfang.

Diese Einheit in ihrer vollendeten Durchführung ist zwar ein Räthsel, welches erst die Hand der Zukunft lösen wird, aber jeder Vaterlandsfreund hat die Pflicht, durch die Darlegung seiner Gedanken darüber Andere, wenn sie dessen bedürfen, zu belehren, und wenn er dessen bedarf, sich selbst belehren zu lassen. Nur aus der Gegenwart wächst die Zukunft heraus. Was wir jetzt versäumen, davon wird einst die Neue bittre Rechenschaft fordern, und die Rede des Mannes, daß ja unsere Vertreter in Frankfurt für uns die Sorge dieses Neubaus übernommen hätten, ist keines Mannes Rede. Wir werden uns zwar den gesetzlichen Beschlüssen des deutschen Reichstages fügen; aber wir müssen, ein Jeder in seinem Kreise, mit arbeiten, mit helfen, damit der Erfolg auch unsere That, unser Zweck sei.

Seit den Tagen der sächsischen, salischen und hohenzollernischen Kaiser ist die Einigkeit Deutschlands und somit seine Kraft nach Außen im Abnehmen gewesen; die Reformation ließ es in die beiden Bruchstücke des Nordens und des Südens aus einander fallen; bald zerbröckelte es in unzählige viele, immer mehr selbständige Staaten, nachdem schon vor der Reformation die großen und die kleinen Lehen erblich geworden waren; und je mehr namentlich die Hohenzollern in Brandenburg (mit Preußen) den Habsburgern als ebenbürtig gegenübertraten, desto mehr zogen sich diese mit ihrer Krone auf die (österreichischen) Erblande und die Hausmacht zurück, bis Napoleon der alten Reichsverfassung den Gnadenstoß gab. Auch der äußere Umfang ist in dieser Zeit des inneren Verfalles ge-



rade nach der schönsten Seite hin, nach Westen, beeinträchtigt worden, indem uns Frankreich eine herrliche Provinz nach der anderen genommen hat. Zwar breitete sich dafür deutsche Sprache und Bildung nach Osten aus, um die asiatischen Barbaren zurückzudrängen; aber dieser Gewinn ist kein vollständiger Ersatz für das Verlorene gewesen.

Da wir einmal bei dem äußeren Umfange stehen, so fragt sich's, welche Grenzen das zur Einheit wiedergeborene Deutschland haben werde. Der Norden des jetzigen Deutschlands, von dem Gebirge, welches vom Rheine bis zur Oderquelle mitten durch Deutschland streicht, von der Ems bis Memel und bis an die Königsau in Nordschleswig wird unzweifelhaft dem zukünftigen Deutschland angehören. Im Norden, welcher die Küste, die Strommündungen, die Bildung hat, liegt unser Schwerpunkt, und Preußen ist jetzt Deutschlands Stärke. Nur ein blinder Preußenhaß kann dies leugnen. Der Norden von Deutschland wird sich nie an eine außerdeutsche Macht anschließen. Zweifelhafter steht es um den Südwesten: Rheinpreußen, Rheinhessen, Baden, Württemberg, Baiern (Südbaiern). Hier drohen mehre Stimmen nicht unbedeutlich mit einem Anschluß an Frankreich. Indes einestheils wird man nicht ernstlich diese Fremdherrschaft wünschen, und anderentheils nähert sich auch der Norden von Deutschland den Franzosen, welche ihrerseits dessen Freundschaft als eine helfende Macht gegen den Erbfeind (England) wünschen. Ohne den Norden ist der Südwesten von Deutschland ohnmächtig, während dieser an jenem einen Rückhalt hat.

Dagegen steht es um die Zugehörigkeit des jetzigen südöstlichen Deutschlands (Oesterreichs) zu dem künftigen deutschen Reiche viel mißlicher. Die deutschen Provinzen Oesterreichs enthalten unter 16 Millionen Einwohnern über 9 Millionen Slaven, welche theils in Böhmen und Mähren, theils in Illyrien und Steyermark die überwiegende Zahl bilden. Zum Glück hat in dem Striche längs der Donau (Ober- und Niederösterreich) das deutsche Element die Oberhand, und vor Allem ist Wien deutsch gesinnt. Durch diesen Keil sind die nördlichen Slaven von den südlichen getrennt, und wir werden nichts versäumen, um diesen vorgeschobenen Posten mit aller Macht zu stärken. Die Würtemberger und die Baiern mögen jeder Welle der Donau einen helfenden Gruf den deutschen Brüdern in Oesterreich senden; denn wenn irgend wo, so gilt hier der Spruch: *divide et impera*, d. h. die politische Maxime: überwinde Deine Feinde dadurch, daß Du sie trennest. Wir dürfen uns auf keinen Fall weiter von den Deutschen in Ungarn und Siebenbürgen abschneiden lassen, und müssen mit aller Gewalt längs der Donau gen Osten drängen. Vielleicht, daß



es uns gelingt, einst den Strom deutscher Auswanderer dorthin zu lenken, wohin ihnen schon längst die Donau den Weg gewiesen hat. Die Ungarn aber sind, wenn sie geistige Macht schöpfen wollen, zunächst an Deutschland gewiesen.

Im Süden von der Donau dürfen wir das Bündniß der Tiroler nicht verschmähen, um in Verbindung mit ihnen den slavischen Feind zu überwältigen, d. h. theils deutsch zu machen, theils nach Osten zu drängen. Wahrlich es wäre eine Schmach, wenn wir uns von dem Mittelmeere wollten abschneiden lassen, und gleich Wien muß Triest eine deutsche Stadt bleiben. Wenn wir Triest und Wien fest an uns ketten, so ist es gar nicht nothwendig, in direkter Weise gegen die dazwischen liegenden Slaven zu operiren; denn diese können sich dann in dieser Lage unabhängig von Deutschland nicht erhalten. Dieselbe Politik wird uns dann gegen die Slaven in Böhmen und Mähren siegreich machen, oder wenigstens vor ihnen sicher stellen; und ehe die Czechen mit ihren westlichen Verwandten ein einiges, festes Slavenreich zu Stande bringen, wird's wol noch gute Weile haben. Denn hier fehlen, außer der Gemeinsamkeit einer noch lange nicht gehörig zweck- und selbstbewußten Nationalität, noch fast alle Bedingungen dazu, als da sind: Uebereinstimmung der Bauern und des Adels, verbindende Ströme und Straßen, Strommündungen, Meeresküsten, Wohlstand, Verwaltung, Talente, ja überhaupt eine hinreichende geistige Bildung. Zu dem gehören die gebildeten und wohlhabenden Familien in Böhmen deutschen Geschlechtern an, und wenn diese jetzt sich den Schein des Slaventhums geben, so wird bald eine bittere Enttäuschung folgen. Auch die kaiserliche Familie hat in der letzten Zeit slavische Sympathien zur Schau getragen; aber die Habsburger, in deren Adern deutsches Blut fließt, mögen zusehen, ob diese plötzlich in Freundschaft verwandelte Feindschaft der Czechen eine nachhaltige, vom Herzen kommende sei, und Wien möge auf seiner Hut sein! Werden sich dann die Böhmen bequemen müssen, sich an Deutschland anzuschließen, so wollen wir ihnen zwar nicht mit Gewalt ihre Sprache und ihre Bildung nehmen, aber wir haben dennoch die Aufgabe sie zu germanisiren; und wahrlich mit den Paar Brocken czechischer Literatur hat's nicht viel auf sich.

Sollten dennoch die Slaven sich von Deutschland trennen, so mögen sie den Versuch der Selbständigkeit machen, und wir werden zusehen, wenn wir nur Wien und Triest, d. h. die Donau und das adriatische Meer behalten. Sollten aber auch diese Vorposten verloren gehen, so müssen wir gegen ein Opfer an äußerem Umfange die Stärke einer größeren Einheit eingekauft zu haben zufrieden sein. Ehe der Besitz



Oesterreichs unsere Kraft schwächt, wollen wir lieber ein Deutschland ohne Oesterreich haben, welches leider bisher selbst oft diese Unterscheidung gemacht hat.

Sasemann.

### Aus der goldnen Aue.

Das gute Zutrauen zu unsern jetzigen Ministern ist auch hier so wie an andern Orten seit dem Erscheinen des neuen Verfassungs-Gesetz-Entwurfs ziemlich geschwunden. Die Missstimmung dagegen hat um so tiefer Wurzel gefaßt, da einige Tage vor dem Erscheinen des Gesetz-Entwurfs eine Adresse zirkulirte, welche, von den Landrätthen unsrer benachbarten Kreise ausgegangen und durch dieselben in allen Gemeinden zur Unterschrift herumgeschickt wurde, gegen das Ministerium das volle Vertrauen und Zustimmung zu dessen bisherigen Handlungen bekundete. Das Ministerium würde sich aber sehr täuschen, wenn es den Ausdruck dieser Adresse als die Meinung der Mehrzahl des Volks annehmen wollte, denn Viele haben dieselbe unterschrieben, ohne die Bedeutung des Inhalts zu kennen, und mehrere Orts-Richter haben dieselbe in Vertretung der Gemeinden unterzeichnet, ohne diese zu befragen. Diese Herren scheinen noch immer nicht begriffen zu haben, daß sie besser thäten, mit dem Zeitgeiste vorwärts zu gehen als sich bloß gegen die höhern Behörden gefällig zu zeigen. Freilich wird es Vielen sehr schwer fallen, sich dem Volkswillen zu fügen, da bisher die Dorf-Polizei-Richter so ziemlich kleine unumschränkte Könige in ihren Gemeinden waren; so gut aber wie es für die wirklichen Könige ein „zu spät“ in Zugeständnissen für das Volk gegeben hat, eben so wird es auch für manchen Dorf-König in Zukunft zu spät zum Nachgeben sein. Gerade die Gemeinden, deren Vorsteher jene Zustimmungs-Adresse an das Ministerium in Vertretung der Gemeinden unterschrieben haben, würden jetzt gewiß gemeinschaftlich weit lieber die Adresse des Volksvereins in Halle an die constituirende Versammlung in Berlin unterschreiben als jene an das Ministerium.

Mit dem Zweikammersystem ist man hier gar nicht einverstanden, besonders da die erste Kammer nur aus reichen Mitgliedern bestehen soll. Ein höheres Alter für die Mitglieder der ersten Kammer ohne Censur würde weniger Unzufriedenheit erregen, wenn einmal zwei Kammern sein sollen; übrigens würde wohl bei einer Kammer auch vorgebeugt werden können, daß bei den Berathungen keine Uebereilung stattfinden könne.

Ein zweiter Punkt, der große Unzufriedenheit erregt hat, ist die Errichtung eines Korps sogenannter Kreisschutzmänner.



Es sind dieß wohl größtentheils Landwehr-Unterofficiere, welche wahrscheinlich der Gensdarmarie zur Unterstützung beigegeben werden sollen. Was man damit bezwecken will, ist nicht recht einleuchtend; sollen diese Leute nur bei etwa entstehenden Tumulten die Gensdarmen unterstützen, so wird ihre Hülfe nicht ausreichend sein, und zu welchem Zwecke sind dann die Bürgerwehren vorhanden, die sich überall gebildet haben? Diese können doch wohl eher Ruhe und Ordnung wieder herstellen, wenn es zu Erzeßsen käme als ein Paar Gensdarmen, und selbst Patrouillen-Dienste würde die Bürgerwehr lieber verrichten, als das Geld zur Unterhaltung einer verstärkten Polizeigewalt hergeben, was doch jedenfalls eine unnütze Ausgabe ist und keinen Nutzen zu haben scheint, es sei denn, daß der Nutzen einer Rückschritts-Partei darin gesucht würde, um das Land-Volk durch diese Einrichtung einer verstärkten Polizeigewalt von freisinnigen Bestrebungen abzuhalten; denn die Furcht der Landbewohner vor Gensdarmen und Polizei ist mitunter sehr stark. So hört man von vielen Seiten schon sagen: es wäre eine geheime Polizei eingerichtet worden, welche diejenigen zu beobachten habe, welche etwa freisinnige Gedanken laut werden lassen, oder ihre Unzufriedenheit mit dieser und jener Einrichtung aussprechen. Es ist leider nicht leicht, die Leute über diese Irrthümer zu belehren, denn die Mehrsten, die dieß thun könnten, lassen sich immer noch durch verschiedene Rücksichten abhalten, es zu thun. Sehr wünschenswerth wäre es, wenn von den Behörden eine Erklärung über den Zweck der Kreis-schutzmänner erlassen würde, um das Mißtrauen gegen die geheime Polizei zu beseitigen.

### **Einige Wünsche für das gewerbliche Leben.**

Ich beginne mit der Gewerbefreiheit. Schon oft habe ich angeführt, daß die Gewerbefreiheit eine Mißgeburt der französischen Revolution ist; und man mußte sich höchlich wundern, wie ein deutscher Staat eine solche höchst verderbliche Gewerbefreiheit seinem Volke aufbürden konnte. Ich bin der Sohn eines Handwerkers; mein Vater war 12 Jahre hinter einander zum Obermeister von seinen Mitmeistern gewählt; in des Obermeisters Händen lag zugleich die Polizei des Gewerks, und ich weiß mich an Fälle aus meiner Jugendzeit zu erinnern, wo mein Vater zwischen den Meister, Gesellen und Lehrlingen als Richter auftrat, und die Sache ohne Kosten jedes mal zur gänzlichen Zufriedenheit der Parteien schlichtete. — Jetzt ist es anders. Mir ist der Fall bekannt, daß ein sehr geachteter Meister seinen Lehrling über einen ihm zugefügten Schaden zur Rede stellte, und der Lehrling sich eine sehr unartige Verantwortung erlaubte, ja seinen Lehrmeister



beinah aufforderte, ihn mit ein paar Ohrfeigen zu bestrafen. Da kommt der Vater des Lehrlings, nimmt ihn weg und verklagt den Meister vor Gericht. Es hilft diesem keine Zeugenvernehmung, da der Vater des Lehrlings einen Anwalt angenommen hat, der die Sache auf juristischem gekünstelten Wege so zu drehen wußte, daß er trotz der kräftigsten Beweise den Proceß verlor, und zu den Kosten so wie zu der Rückgabe des erhaltenen halben Lehrgeldes, ja wenn ich nicht irre, zu einer Entschädigung der Kost auf die Dauer des Processes verurtheilt wurde. Was gewinnt der Staat dabei? Höchstens ein paar Thaler Kosten und an dem Lehrling einen Taugenichts!

Ferner bin ich der Meinung, daß es weit besser ist, der Schuster bleibt bei seinen Leisten. Das heißt mit andern Worten, der Seifensieder macht und verkauft Seife und Lichter, der Seiler verkauft seine gefertigten Waaren: Del, Pech und Schmiere, Hanf und was zu seinem Geschäft gehört; der Materialist handelte mit Colonialwaaren: Farbe, Taback u. s. w. aber nicht mit Lichtern und Seife. Oder wie kommt ein Haarträusler dazu, mit Schuhen, Filzhüten und allerhand Modefachen zu handeln, da das Erste in die Rechte der Schuhmacher, das Zweite in die Rechte der Hutmacher und das Dritte in die Rechte der Galanteriehandlung eingreift? Käme man daher auf den glücklichen Gedanken, die alte gute Ordnung der Dinge und zwar mit mehrern Modificationen wieder in's Leben zu rufen, so würde man bald einen wohlhabenden Mittelstand aufblühen sehen. In meiner Vaterstadt, wo das Innungsrecht fort bestanden hat, herrscht ein allgemeiner Wohlstand; es sind zwar daselbst nicht so viele reiche Leute wie hier zu finden, aber auch nicht ein einziger Verarmter, deren hier Tausende sind.

Auch muß das Verlicitiren der Arbeiten aufhören. Es muß der Handwerker nicht dahin getrieben werden, daß er seine Arbeit selbst bis auf das Aeußerste in dem Arbeitslohn herunter würdiget, um nur Arbeit zu bekommen. Das ist ein aristokratischer Grundsatz, wobei dem Einen sehr geschadet und dem Staat nichts genützt wird? Warum stellt man denn keine Licitation bei Vertheilung der Beamtenstellen an? —

Mahl- und Schlachtesteuer muß ganz aufgehoben und dafür eine Klassensteuer eingeführt werden, wobei es aber den Stadtverordneten zur Pflicht gemacht wird, daß sie dahin wirken, bei der Regierung auf eine Brod- und Fleischtare anzutragen, jedoch nicht wie sie jetzt bei den Bäckern besteht, sondern es müssen zwei Bäcker und zwei Fleischer, dabei noch zwei aus dem Bürgerstande vereidet werden, das Brod und das Fleisch nach dem wahren Werthe abzuschätzen; und wer gegen diese Tare handelt, muß nach den Gesetzen bestraft wer-



den. Bierbrauer und Schenkwirthe muß man ebenfalls in ihren willkürlichen Preisen beschränken, ihnen eine Taxe nach Verhältniß des Körnerpreises feststellen, und ein polizeilich wachsamcs Auge darauf richten. — Mit dem Butterpreis war es zum höchsten Betrug gekommen; und wäre da kein Eingriff geschehen, so hätten wir am Ende das Stück Butter von 8 bis 10 Loth noch mit 3—4 und 5 Sgr. bezahlen müssen. Wenn einmal das Rechtsprincip angenommen werden soll, so muß es ganz angenommen werden und nicht halb. Auf eine bessere Marktordnung muß überhaupt gewirkt werden. So war es und ist noch fortbestanden in meiner Vaterstadt, und man befindet sich recht gut dabei. Gottlob Wächter.

Das Bürgerblatt vertritt zwar im Wesentlichen die Freiheit der Gewerbe, des Handels u. s. w., jedoch nicht ohne die Forderung heilsamer Beschränkungen. Aus letzterer Rücksicht hat es den vorstehenden Aufsatz abgedruckt. Das richtige Ergebnis kann nur dadurch gewonnen werden, daß die entgegenstehenden Meinungen sich offen aussprechen und dadurch ausgleichen! Die Redaktion.

### Das Verstäuben des Mehles.

Verehrtester Herr!

Sie haben im Bürgerblatt in Betreff des Verstäubens des Mehles einen Gegenstand angeregt, der eine Prüfung sehr verdient. Da Sie ausdrücklich gesagt haben, daß Sie nur „anregen“ wollen, und da Sie „Sachverständige“ zur Mittheilung ihrer Ansicht aufgefordert haben, so sende ich Ihnen das Beifolgende zur Veröffentlichung mit dem Wunsche zu, daß sich noch Andre finden werden, die meinem Beispiele folgen, daß namentlich die Hrn. Müller sich aussprechen werden und nicht meinen, die Sache sei der Antwort nicht werth.

Wenn Sie behaupten, es verstäuben nicht 5 Pfd., so haben Sie recht, aber darin sind Sie falsch berichtet, daß Sie meinen, es könne bloß 1 Pfd. verstäuben; auch haben Sie vergessen, auf den Unterschied der amerikanischen Mühlen von den deutschen hinzuweisen. — Hier also meine Ansicht und Mittheilung dessen, was ich von dem Mahlen verstehe.

Nach frühern auf Veranlassung des Steueramtes und in Gegenwart von Steuerbeamten vorgenommenen Versuchen ist festgestellt worden, daß von jedem Etr. Roggen 5 Pfd. und von jedem Etr. Weizen 6 Pfd. Mehl durch das Mahlen des Getreides verloren gehen. Das Königl. Steueramt fand sich veranlaßt, diese Resultate als Grundlage der Steuergesetze anzusehn, und wenn Bäcker u. A. Getreide in die Mühle schafften, so mußte, wenn das Mehl die Mühle verließ, das Gewicht jedes Centners um 5—6 Pfd. verringert sein, sonst hatte der



Mahlende auf jedes Pfund über 105 Pfd. einen Mehrbetrag von Mahlsteuer nachzuzahlen. Wenn die Getreidepreise niedrig standen, so nahmen sogar die Consumenten sehr häufig ihre Zuflucht dazu, einen Theil der Kleie oder der geringsten Mehlsorte den Mühlknappen als außerordentliche Vergütung zu überlassen, oder sie auch wohl um einen geringen Preis zu verkaufen, um keine Nachsteuer bezahlen zu müssen.

Schon seit längerer Zeit wurde aber das Bedürfniß der Mühlenverbesserung gefühlt, und der Staat fand sich veranlaßt, selbst mit Hand ans Werk zu legen, indem er einige junge Männer vom Gewerbeinstitute zu Berlin mit dem Auftrage nach Amerika schickte, sich dort im Mühlenbaufache zu vervollkommen, damit hernach diese Verbesserungen im Vaterlande nach und nach eingeführt werden könnten. Es entstanden im Laufe der Zeit in allen Mühlen der größern Städte amerikanische Werke, und Jedermann war bald überzeugt, daß diese Methode eine Vervollkommenung sei, da nicht allein die Getreideförner mehr zerkleinert wurden, sondern auch der sogenannte Beutel mit einem Zylinder und einem hölzernen Kasten umstellt wurde, wodurch das Verstäuben des Mehls, auf welches sich das Steuergeſetz gründet, gar sehr vermindert wird.

Die stärksten Consumenten von Mehl sind wohl unstreitig Bäcker und Mehlhändler. Unter den Bäckern sowohl als unter den Mehlhändlern befinden sich Männer, welche früher Müller waren, und darin übereinstimmen, daß nicht 5 oder 6 Pfd., sondern höchstens  $2\frac{1}{2}$  Pfd. Mehl verstäuben. Als Beweis mag die von den Bäckern gehaltene Versammlung dienen, worin beschlossen wurde, bei einem hohen Ministerium zu petitioniren, daß die Menge, welche von einem Ctr. Getreide durch das Mahlen verloren geht, auf höchstens  $2\frac{1}{2}$  Pfd. bestimmt werden möchte, ferner daß in kleineren Mühlen, wo noch das sogenannte Zwangsmahlen, wie z. B. in Sachsen, stattfindet, die Einwohner von der sogenannten Zwangsmahlverpflichtung entbunden sein sollen, wenn dem Consumenten mehr als 2 oder  $2\frac{1}{2}$  Pfd. Mehl nach dem Gewicht vom Ctr. Getreide verloren gehe. Diese Gesetze sowohl als diese Mühlen kannten bis dahin aber noch nicht die verbesserte Mühlenbaumethode, und darin stimmte wol aller Sachverständigen Urtheil überein, daß, wenn der sogenannte Beutel im Zylinder geht und noch mit einem hölzernen Kasten umstellt wird, das Verstäuben des Mehles wenigstens um die Hälfte vermindert wird.

Ferner ist nach der Aussage eines hiesigen Bürgers, welcher früher Müllerknappe in einer nahen Mühle war, vom Ctr. Getreide, wenn es auf dem amerikanischen Mühlenwerke gemahlen ist, vom Centner nie mehr als 1 Pfd. verloren gegangen.

Es ist also hiernach wohl an der Zeit, daß die Ansicht von dem sogenannten Verstäuben in so großer Masse aufgege-



ben und die Praxis der Müller abgeändert und namentlich in dem zu hoffenden neuen Steuergesetze darauf Bezug genommen würde, weil sich der Müller allerdings nach den bisherigen Gesetzen, nach welchen am Etn. 5 bis 6 Pfd. fehlen müssen, auf dem Rechtsboden befindet.

Einen schlagenden Beweis möchte auch eine andere Berechnung liefern. Wenn man annimmt, daß auf 1 Gange einer amerikanischen Mühle in 24 Stunden 20 Ctr. Getreide zu Mehl vermahlen werden, und daß eine große Mühle, welche 8 solcher Mahlgänge im Gange hat, in 24 Stunden 160 Ctr. Mehl fertig macht, so müßten von diesen 160 Ctn. alle 24 Stunden 800 Pfd. Staubmehl in der Mühle liegen. Man nehme aber nur einmal 100 Pfd. Mehl, und zerstreue dasselbe so in einer Mühle, wie es in dem möglichst lockern Zustande in der Mühle verstäubt, so wird man überrascht sein, wie dick das Mehl in der Mühle liegt, und nun stelle man hiernach den Vergleich, wie hoch es liegen würde, wenn 800 Pfd. verstäuben, und wenn Tag für Tag 800 Pfd. verstäuben. Freilich darf man hier nicht außer Acht lassen, daß ein Theil Mehlstaub in die Luft verfliegt; aber da die Mühle mehr geschlossene Wände hat als Oeffnungen, so wird nur der kleinste Theil in das Freie fliegen. Es wird auch wohl gesagt, daß das Getreide beim Mahlen verdunste. Aber dies scheint mir unwahrscheinlich, da ja das Getreide meist lange trocken gelegen hat, und da das Mehl gewiß eben so viel Feuchtigkeit wieder an sich zieht, als beim Verdunsten könnte verloren gegangen sein. Endlich spricht gegen die Annahme des Verdunstens das oben angeführte Zeugniß der Bäcker und des Mühlknappen.

Möge man sich daher nicht abhalten lassen, die Mahlgeschichte ohne Leidenschaft weiter zu untersuchen; denn Drohungen, wie sie ausgestoßen sind, reichen nicht aus, machen die Sache vielmehr schlimmer, da hier nur Gründe entscheiden, und der Wahrheit ihr Recht gebührt.

Mit Hochachtung

Ihr

Ch. G.

### **Befreiung der Geistlichen und Lehrer von den directen Steuern.**

Eine solche Befreiung, d. h. eine Befreiung von directen Steuern ist durch Gesetze meines Wissens nirgends ausgesprochen.

In dem Gesetze wegen Einführung der Klassensteuer vom 30. Mai 1820 sind §. 2 von denselben die Einwohner der Städte befreit, in welchen der Staat eine Mahl- und Schlachtsteuer erheben läßt. Von der Befreiung der Geistlichen und Lehrer sagt das Gesetz nirgends etwas. Bloß in der Instruction über das Verfahren bei der Veranlagung der Klassensteuer vom 15. Ju-



ni 1820 §. 2. sind Pfarrer und Schullehrer nebst ihren Familien (ohne ihre Dienerschaft, Pensionaire etc.) von dieser Personalsteuer befreit. Das Gesetz vom 11. Juli 1822 über Heranziehung der Beamten zu den städtischen Abgaben befreit im §. 10 Lit. f. die Geistlichen und Lehrer man den directen Beiträgen zu den Gemeindefasten.

Hieraus folgt aber noch nicht, daß diese Herren von der jetzt eingeführten Steuern zur Deckung des Mahlsteuer-Ausfalls ipso jure befreit sind; denn diese letztere Steuer ist keine Einkommensteuer zu Gemeindefasten im Sinne des Gesetzes vom 11. Juli 1822, sondern eine Entschädigung, ein Aequivalent für den Ausfall der Roggensteuer. Das Gesetz wegen Einführung der Mahl- und Schlachtsteuer vom 30. Mai 1820. gedenkt keiner Privilegien einzelner Stände, also auch nicht der Geistlichen und Lehrer. Ebenso spricht das Gesetz über die Einrichtung des Abgabewesens vom 30. Mai 1820 keine Befreiungen einzelner Stände aus. Abgesehen aber davon, daß die obengedachte Instruction vom 15. Juni 1820, welche übrigens nur vom damaligen Finanzministerium ausgegangen ist, die Erfordernisse eines Gesetzes nicht hat, da ein einzelner Minister Gesetze nicht geben kann und daher bezweifelt werden muß, ob Geistliche und Schullehrer auf Grund dieser Instruction die Befreiung von der Klassensteuer beanspruchen dürfen, da im Gesetz selbst von dieser Befreiung keine Rede ist, so liegt meines Erachtens kein gesetzlicher Grund vor, die Befreiung der genannten Personen auf andere, periodisch eingeführte Steuern directer Natur auszudehnen.

Wie daher gegenwärtig einige hiesige Lehrer — welche beiläufig gesagt, für Aufhebung der Roggensteuer, bei der sie als Consumenten eben so theilhaftig waren, wie jeder andere Hallenser, gesprochen und gestimmt haben — wagen können, ihre paar Groschen zu dieser periodischen Steuer zu verweigern, da letztere weder die im Gesetz vom 11. Juli 1820 vorausgesetzte, — nur zu Kommunalzwecken bestimmte — Einkommensteuer ist und sein soll, noch die Klassensteuer, von der diese Herrn nicht durchs Gesetz, sondern nur einseitig durchs Finanzministerium — aus welchem Grunde, ist nicht einzusehen — befreit sind, ersehen soll, ist nicht abzusehen, und dürfte es wünschenswerth sein, wenn Jemand, der mit dem Studium der Abgaben vertraut ist, dieserhalb einmal die Feder ergriffe und eine gründliche Belehrung gäbe.

Koffmann.

### Arbeit und Geld.

Aphorismen von G. v. Rosen.

(Beschluß.)

Es ist nothwendig, daß einem jeden Menschen seine Arbeit innerhalb der Sphäre angewiesen werde, in die er vermöge



seiner Anlagen gehört; es ist eine eben so große Ungereimtheit, bloß auf den Grund der künstlichen Classification, welche die Gesellschaft anerkannt und geheiligt hat, Einige zu vornehmenen, Andere zu niedrigeren Leuten zu erziehen, die Einen zu Beamten, zu Gelehrten und zu Künstlern, die Andern hingegen für den Ackerbau und das Handwerk zu bilden, als wollte man einen Holzspecht in einen Bauer setzen, um aus ihm eine Singvogel zu machen, oder als versuchte man durch Erziehung aus einem Adler einen Schwan zu schaffen. Auf dem intellectuellen Gebiet sind die Unterschiede eben so groß; aber man bemerkt sie nur daran, daß so Viele gar schlecht, und nur Wenige gut ihren Platz ausfüllen. — Daher kommt es, daß die Wissenschaft oft vom Tagelöhner, und der Acker vom Genie bearbeitet wird; weder die Wissenschaft, noch der Acker kann dabei gewinnen. Dagegen würde eine auf Neigung und Anlagen gegründete Vertheilung in die verschiedenen Klassen einen gleichen Rang in die Arbeit, in die des Gelehrten sowohl, wie die des Landmanns bringen, da die eine nicht weniger nothwendig sein würde, wie die andere, sondern Alle gemeinsam nach demselben Ziel streben.

Die Arbeit ist der Vater des Kapitals. Nichts hat einen andern Werth, als ein Verhältniß zur Arbeit, die es kostet. Wo die Brodfrucht auf den Bäumen hängt, wo die Kokusnuß ihren Kern und ihre Milch hergiebt, da haben diese keinen andern Werth, als den, welcher der Mühe entspricht, sie zu pflücken; bei uns hat der Erdboden keinen Werth, wenn er nicht durch Arbeit veredelt wird. Das Geld ist also nichts, als eine Arbeit, die durch ein allgemeines, stillschweigendes Uebereinkommen als ein zurückbleibendes Kapital angesehen und durch Metall oder Papier repräsentirt wird.

Wenn wir einen arbeitsfähigen Menschen betteln sehen, da ärgern wir uns; es ist der Müßigang, den wir hassen, und darin haben wir recht; Müßigang ist aller Laster Anfang; wenn wir aber sagen: „Du sollst arbeiten!“, da sagen wir eigentlich nichts, wenn wir nicht auch mit Gewißheit erwarten können, daß der Arbeiter seinen Lohn bekommt, daß er sich durch seinen Fleiß eine Zukunft, ein sorgenfreies Alter und seinen Kindern eine Heimath bereiten kann. Für das Individuum kann das Betteln eben so gut sein, wie etwas Anderes. Es bekommt, was es für den Augenblick nöthig hat, mehr bekommt es auch nicht, wenn es arbeitete, warum soll es sich denn Mühe geben? Dieses einfache Raisonnement ist es, welches die Massen von Proletariern hervorbringt, die die Gesellschaft mit Elend und Verbrechen überschwemmen und allen Gesetzen trotzen. — Die Arbeit muß als Kapital anerkannt werden, ehe die Welt Frieden mit sich selbst bekommt.



### Berichtigung.

Was in Nr. 5 S. 75 des Bürgerblattes aus dem constitutionellen Club über mich berichtet wird, ist eine Entstellung meiner Worte. Dieselbe beruht sowohl in dem, was verschwiegen, als in dem, was gesagt ist. Dies wird einleuchten, wenn ich kurz den Inhalt meiner Rede wiederhole.

Man hatte lange und zum Theil heftig über die Person des Prinzen von Preußen und über seine Rückberufung von Seiten des Ministeriums debattirt, namentlich über das Kluge oder Unkluge, Gerechte oder Ungerechte dieses Schrittes. Weil ich nun sah, daß auf diesem Wege keine Einheit, ja nicht einmal eine erhebliche Mehrheit für oder gegen zu erlangen sein würde, nahm ich das Wort und suchte darzustellen, wie man nicht bloß von der Person des Prinzen, sondern auch selbst davon absehen könne, ob die Maßnahme des Ministeriums klug oder unklug, gerecht oder ungerecht sei; wie man vielmehr, selbst wenn man das Letztere annähme (was ich indeß für meine Person nicht annehme, wie die vorangehende Wendung klar zu verstehen giebt), sich immer noch zu fragen habe, ob man endlich Ordnung im Staate wolle oder nicht; ob das Ministerium für seine Handlungen einem Haufen von Berliner Arbeitern oder auch der ganzen Stadt Berlin, oder ob es nicht vielmehr nur dem ganzen Lande, d. h. den gesetzmäßigen Vertretern desselben Verantwortung schuldig sei; und ob wir uns länger jene gesetzwidrigen Demonstrationen in der Hauptstadt des Landes, die das Ministerium zu stürzen beabsichtigten und das Land tyrannisirten, wollten gefallen lassen.

Diese von mir ausgesprochene Ansicht ist keine andere, als die von Hrn. Dr. Wolf zu einer Adresse formulirte und vom Bürgerblatt selbst belobte.

D. 29ten Mai.

Dr. Küfer.

### Nachschrift.

Wir können nicht meinen, daß die obige Berichtigung die Sache wesentlich ändert, da wir ihren Wf. in unserm Bericht wohl mit Recht auf die Seite derer gestellt haben, welche sich einem Ministerabsolutismus willig fügen. Wenn also die Worte unseres 2 Zeilen langen Berichts unrichtig sind, so ist des Redners Tendenz gewiß richtig bezeichnet. Hr. Wolf sprach nicht für den Erlaß des Ministeriums, also war sein eigener Antrag anders motivirt und konnte mit dem des Hrn. Dr. H. wohl gleichlautend, aber nicht gleichbedeutend sein.

Die Redaktion.

### Zur Aufklärung.

Der wahre Hergang des mich am 18. u. 20. v. M. Betroffenen ist dieser:



Herr S., der die ihm mißfälligen Redner wiederholt störend unterbrach, wurde von mir zur Ruhe, und einer seiner Mitmeister, der von seinem Sitze aufgestanden und dadurch den zur Bühne freigelassenen Gang versperrt hatte, zum Niedersitzen ermahnt. Dies wurde von Beiden schon in der Versammlung sehr mißfällig aufgenommen und am zweiten Tage nachher, bei meinem Eintreten in das Gastzimmer der Börse, der Vorwand zu den bekannten Gewaltthätigkeiten gegen mich, wobei sich aber Herr S. nur mit Worten drohend betheiligte. \*)

Jacob Gottfried Mann.

\*) Für diese Aussage haben sich Zeugen gemeldet.

D. R.

#### **Zusatz.**

Im Freitagblatt der Magdeburger Zeitung steht ein von drei Augenzeugen unterschriebenes Zeugniß, daß Hr. Mann wirklich die Treppe herunter gestoßen und Hr. Heide thätlich mißhandelt ist. Wir erwähnen dies hier nicht, um den Streit von Neuem anzuregen, sondern um uns zu rechtfertigen. D. R.

#### **Anfrage an die Post in Halle.**

Warum wird man von dem Einen der Herren Postsekretäre, welche die Briefe annehmen, sofort bedient, während der Andere die Leute oft lange warten läßt, oder welcher Unterschied ist zwischen einem A und einem R? — Eine zweite Frage betrifft die Weihnachtszeit und lautet: Könnte da nicht gesorgt werden, daß Mädchen, welche Pakete bringen und holen, schneller expedirt werden? X.

#### **Zur Nachricht.**

Da ich auf zwei bis drei Wochen nach Frankfurt, Köln u. s. w. verreise, so bitte ich alle Einsendungen für das Bürgerblatt bis dahin an den Mitredakteur Körner (Glauchau, neben Zimmermeister Helm) abgeben zu wollen. Unterdessen werde ich unser Blatt nicht vergessen und schon von Frankfurt aus Berichte über die deutsche Nationalversammlung einsenden. — Die Redaktion ergreift diese Gelegenheit, um die Hoffnung auszusprechen, daß es dem Bürgerblatte vielleicht bald möglich wird, seinen Umfang von Neuem zu erweitern und auch Annoncen aufzunehmen. Artikel, deren Zweck es nicht ist, Waaren anzubieten, Wohnungsänderungen anzuzeigen u. s. f., sondern interessante Ereignisse zu besprechen, einen Gedanken in das Gewand der Dichtkunst zu kleiden und andere ähnliche wird das Bürgerblatt wie bisher stets unentgeltlich aufnehmen und drucken. Wer etwas Gemeinnütziges veröffentlichen will, soll nicht erst nöthig haben, Geld dafür zu zahlen. Hafemann.

Druck von Ed. Heynemann in Halle.



Rep. 31

# Bürgerblatt.

Monatsschrift

zur Förderung des Gemeindelebens, zur Belehrung  
und zur Unterhaltung

für

## Halle und Umgegend.

1848.

mar.

